

# PRESSEMITTEILUNG



Dachverband  
Lesben und Alter e.V.

## Verborgenes Unrecht: Als lesbischen Müttern der Entzug des Sorgerechts drohte

Mit dem Ziel "das Schweigen zu brechen" lud die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am Freitag, dem 17. Januar 2020 zum Fachgespräch, initiiert und moderiert von MdB Ulle Schauws. Etwa 60 Teilnehmende waren der Einladung gefolgt.

### Die Angst der Mütter vor Sorgerechtsentzug war real.

Jutta Brambach, Vorstand Dachverband Lesben und Alter e. V., schilderte zum Auftakt sehr eindrücklich und bewegend aus ihrer Erfahrung in lesbischen Müttergruppen der 70er und 80er Jahre und ihrer Beratungsarbeit: "Die Angst und die akute Bedrohung lesbischer Mütter bei der Scheidung ihre Kinder zu verlieren, schwebte latent immer im Raum – ohne dass wir die Bedrohung explizit so hätten benennen können."

Es ist vor allem ein Verdienst der Historikerin Dr. Kirsten Plötz, bis vor kurzen selbst im Vorstand des Dachverbands, diesen lesbischen und frauenliebenden Müttern eine Stimme zu geben. Mit Unterstützung des Dachverbands forscht sie seit einigen Jahren zu diesem tief verborgenen Unrecht. Den Impuls gab eine Frau, die Plötz nach einer Veranstaltung ansprach. Sie berichtete davon wie ihr in den 80er Jahren im Scheidungsverfahren das Kind weggenommen wurde. Das Gericht sah bei einer lesbisch lebenden Mutter das Kindeswohl gefährdet.

Rheinland-Pfalz ist nun das erste Bundesland, das Plötz mit einer konkreten Forschungsarbeit beauftragte. Voraussichtlich im **September 2020** werden die **Studienergebnisse** veröffentlicht. Mit wieviel Scham und Ängsten, der drohende "Sorgerechtsentzug" für Mütter – aber auch für die Kinder – verbunden ist, machte die Veranstaltung mehr als deutlich. Viele Betroffene sind immer noch kaum bis gar nicht fähig, das Leid in Worte zu fassen und darüber zu reden.

### Bisher weitgehend blinde Flecken, auch innerhalb der Community.

"Die Angst um das Sorgerecht ist aber **nicht die einzige Form der Repression**, der lesbische Frauen ausgesetzt waren", betont Brambach. Lesbische und frauenliebende Frauen waren zwar in der BRD nicht strafrechtlich bedroht, aber Brambach kennt aus ihrer Beratungsarbeit beim Berliner Lesbenverein RuT. viele Fälle, in denen Frauen aus Angst vor gesellschaftlicher Ächtung, ihre wahren Gefühle nie gelebt sondern verleugnet haben. Und die Angst um die Kinder, die Angst vor Ablehnung durch Familie, Nachbar\*innen, Arbeitskolleg\*innen war berechtigt.

**Dachverband Lesben und Alter e. V.**  
Sigmaringer Straße 1  
10713 Berlin  
kontakt@lesbenundalter.de  
http://lesbenundalter.de

**Vorstand:** Jutta Brambach, Carolina Brauckmann, Sabine Thomsen, Reingard Wagner

**Bankverbindung:** Bank für Sozialwirtschaft  
DE 58 1002 0500 0001 5871 00

**Vereinsregister:** Berlin VR 36281  
**Steuernummer:** 27/663/64431

Berlin, 20. Januar 2020

# PRESSEMITTEILUNG



"Das Ausmaß an Repression, an Selbstverleugnung aus der Angst heraus ist bedrückend und in meinen Augen eine Art der Gewalt gegen frauenliebende Frauen, die bisher in keiner Weise thematisiert, geschweige denn öffentlich diskutiert wird", fährt Brambach fort. Frauenliebende Frauen wurden als asozial oder psychisch krank abgestempelt, weggesperrt. Sie verleugneten ihr Leben, ihre wahren Bedürfnisse und unterdrückten ihr wahres Ich. Oftmals auf Kosten der physischen und seelischen Gesundheit und vor allem auf Kosten eines selbstbestimmten erfüllten Lebens.

Auf dem Podium gaben außerdem noch Ina Rosenthal, Leitung RuT e. V., und die Rechtsanwältin Lucy Cherbout Einblicke in die Beratungsarbeit und die rechtliche Situation.

## **Bundesweite Aufklärung und Forschung ist erforderlich.**

Der Dachverband Lesben und Alter fordert, dass:

- das erlittene verborgene **Unrecht endlich aufgearbeitet** wird. Die Betroffenen sind oft 60, 70, 80 Jahre alt und älter. Es ist gut, dass Rheinland-Pfalz einen Anfang macht, aber die Forschung muss auf andere Bundesländer ausgeweitet werden. Und zwar jetzt!
- die **Betroffenen entschädigt** werden und
- sie eine **öffentliche Entschuldigung** bekommen.

Wichtig ist, die anderen Rahmenbedingungen in der ehemaligen DDR gesondert in den Blick zu nehmen. Lesbische und frauenliebende Frauen waren dort durch den § 151 auch strafrechtlich bedroht. Dafür können sie jetzt schon einen Antrag auf Entschädigung stellen (Beratungstelefon: 0800 1752017 - kostenfrei). Aber auch hier gilt es die gesellschaftlichen Mechanismen und Folgen nicht strafrechtlich relevanter Repressionen zu erforschen.

Jutta Brambach beantwortet als Expertin gerne Ihre weitergehenden Fragen. Der Dachverband vermittelt auf Anfrage einen Kontakt zu Dr. Kirsten Plötz.

**Fotohinweis:** ©Archiv/Dachverband Lesben und Alter e. V. (von links nach rechts) Jutta Brambach, Vorstand Dachverband Lesben und Alter e. V., Ulle Schauws, MdB, frauen- und queerpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Kirsten Plötz, Historikerin, Dr. Christiane Rohleder, Staatssekretärin Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz.

Auf Anfrage senden wir Ihnen gern eine höher auflösendes Bild.